



Ausschuss für Europa und Internationales

28. Sitzung (öffentlich)

12. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

hier: Einzelplan 02

Vorlagen 17/2349, 17/2473 und 17/2566

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Die Abstimmungsergebnisse sowie die Änderungsanträge sind der Vorlage 17/2704 zu entnehmen.

Der Einzelplan 02 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert angenommen.

- 2 Fit für Europas Zukunft sozialer Zusammenarbeit 11**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4122
- Ausschussprotokoll 17/576 (Anhörung vom 22. März 2019)
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/4122 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 3 25 Jahre Post- Apartheid: NRW Südafrika-Partnerschaft für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklungswerke stärken! 14**
- Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5379 (Neudruck)
- Ausschussprotokoll 17/661 (Anhörung vom 17.06.2019)
- Wortbeiträge
- 4 Nordrhein-Westfalen Europa IV: Verlässliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Bereichen Katastrophen- und Brandschutz 16**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6250 (Neudruck)
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 17/6250 (Neudruck) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

5 Unsere Kinder vor den Fehlern der Vergangenheit schützen – einen neuen Contergan-Skandal verhindern! 19

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7537

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

6 Verschiedenes 20

– Siehe Diskussionsteil

* * *

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

hier: Einzelplan 02

Vorlagen 17/2349, 17/2473 und 17/2566

Vorsitzender Dietmar Brockes merkt an, zum Einzelplan 02 lägen zwei Änderungsanträge der SPD sowie sieben Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor – vgl. Vorlage 17/2704. Da es heute die abschließende Beratung sei und die von den Fraktionen eingereichten Fragen beantwortet worden seien – vgl. Vorlage 17/2566 –, werde der Ausschuss heute die allgemeine Aussprache zum Haushalt durchführen. Er bitte, auch zu den Änderungsanträgen Stellung zu nehmen, sodass der Ausschuss anschließend über die Änderungsanträge abstimmen könne.

Oliver Krauß (CDU) geht davon aus, dass das Verfahren auch bei den anderen Fraktionen Zustimmung finde. Er wolle zunächst ein paar grundsätzliche Bemerkungen zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2020 machen. Der Haushaltsentwurf setze die richtigen Schwerpunkte. Wichtiges Thema bleibe nach wie vor die Rechtsstaatlichkeit in Europa. Das sei ein Schwerpunktthema der Europapolitik des Landes. Zusätzlich nehme die Landesregierung die Rolle der Meinungs- und Pressefreiheit in den Fokus. Es würden Formate angeboten, die den Schwerpunkt darauf legten, welche Chancen Europa für jeden Einzelnen biete. Mit dem Haushalt würden die Europaschulen, die Hochschulen und Kommunen eingebunden. Die Vernetzung relevanter Akteure werde gefördert. Die Europawoche werde beibehalten, die Diskussion innerhalb der Europawoche werde gestärkt. Ein wesentlicher Schwerpunkt sei weiterhin vorrangig die Beziehung zum Benelux-Raum. Hier würden die Mittel zur Durchführung zahlreicher Maßnahmen, Veranstaltungen und gemeinsamer Projekte sowie mehr Formate mit den nationalen Regierungen eingeplant.

Nicht nur weil er aus der Region komme, sondern weil das ein landespolitisch verantwortliches Ziel sei: Die Stärkung der Stadt Bonn als UN- und Wissenschaftsstandort stehe im Fokus. Er sei dankbar, dass die Landesregierung die nordrhein-westfälische Akademie für Internationale Politik ins Leben gerufen habe und im Haushaltsjahr 2020 den Aufbau der Akademie mit Landesmitteln in Höhe von mehr als 1 Million Euro unterstütze. Insgesamt richte die NRW-Koalition den Fokus wieder einmal auf mittel- und langfristige Investitionen in die Zukunft des Landes. Die Gesamtausgaben im Bereich Europa stiegen um 188.400 Euro gegenüber dem Haushaltsjahr 2019. Fazit: Die Landesregierung setze den Weg Nordrhein-Westfalens fort trotz Ausfällen bei der Einnahmeerwartung. Es würden weiterhin keine neuen Schulden gemacht, wie es in dem Koalitionsvertrag versprochen worden sei.

Rüdiger Weiß (SPD) verweist auf die Änderungsanträge der SPD – vgl. Vorlage 17/2704. Es werde vorgeschlagen, Kapitel 02 030 – Europa – Titel 685 21 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes – um 140.000 Euro zu erhöhen. Kommunale Städtepartnerschaften seien wichtiger denn je. Das werde in Reden auf jedweden Kongressen immer wieder zu Recht betont. Vor dem Hintergrund des Brexits, wann immer der kommen möge, glaube die SPD-Fraktion, dass diese Erhöhung um 140.000 Euro gut angelegtes Geld sei.

Mit dem zweiten Antrag werde eine Erhöhung der Zuschüsse für das GIZ um 200.000 Euro vorgeschlagen – Kapitel 02 040 – Internationale Angelegenheiten und Eine Welt, Titel 631 20 – Zuschüsse an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Die Gelder seien zweckgebunden, um Maßnahmen zu finanzieren, die die Partnerschaft NRW in Südafrika weiter verstärken würden.

Seine Fraktion habe zum Haushalt Fragen an das Ministerium gestellt. Bei einer Frage sei es um die Europa-Union gegangen. Auf die Frage 2.2 „Beabsichtigt die Landesregierung, die Europa-Union NRW weiterhin institutionell zu fördern?“ heiße es in der Antwort, dass die Gespräche mit der Europa-Union noch nicht abgeschlossen seien, dass diese institutionelle Förderung auf Projektförderung umgestellt werden solle. Daraufhin habe seine Fraktion den vorgesehenen Änderungsantrag zurückgezogen. Er bitte um Beantwortung der Frage, ob für 2020 eine Fehlbedarfsfinanzierung für diesen Bereich fest eingeplant sei – nicht als Zusage oder als Gesprächsangebot, sondern auch als Teil dessen, was schriftlich niedergelegt sei, damit man es jederzeit wiederfinde, damit man sehe, dass es eine Verlässlichkeit gebe. Nach außen hin solle für alle Beteiligten deutlich sein, dass es stimmig sei.

Johannes Remmel (GRÜNE) stellt heraus, er werde zum europapolitischen Teil etwas sagen und Frau Aymaz zum Bereich Internationales. Europa als politische Leitlinie und der Haushalt in Geld und Zahlen gegossener Politik sollten im Wesentlichen Kontinuität ausstrahlen gegenüber dem, was in der Vergangenheit stattgefunden habe. Es seien große Gemeinsamkeiten politisch festzustellen. Diese seien insbesondere in Europa wechselseitig gepflegt worden. Insofern könne er das unterstreichen. Gleichwohl – das sei Aufgabe der Opposition, da hinzuschauen, wo vielleicht etwas fehle, wo man nacharbeiten sollte oder etwas Zusätzliches machen könnte, das wolle er an dieser Stelle auch tun – sei keine Übereinstimmung zu finden mit dem, was politisch verkündet und proklamiert werde, insbesondere was auch mit der Person des Ministerpräsidenten und den europäischen Ambitionen verbunden sei. Das werde nicht 1:1 im Haushalt abgebildet. Da könnte man mehr tun.

Deshalb wiederhole seine Fraktion den Antrag, den sie bereits letztes Jahr gestellt habe, ohne zu sagen, dass die Arbeit, die in dem Bereich gemacht werde – Bildungsarbeit, Europaschulen –, schlecht wäre. Da wäre mehr möglich. Es wäre möglich, mehr Schulen einzubeziehen. Man könnte auch die Arbeit qualitativ weiter verbessern. Er habe in den Diskussionen festgestellt, dass der Bedarf, über Europa in der Vielfalt und im Zusammenwachsen zu diskutieren, gerade bei jungen Menschen sehr groß sei, auch die Bereitschaft sei vorhanden, sich dieser politischen Perspektive noch stärker zu öffnen. Deshalb sollte man die jungen Leute da abholen, wo sie stünden. Der Antrag

ziele darauf ab, Zuschüsse an die Europaschulen zu verstärken. Er wünsche sich, dass es eine Antwort auf den von ihm angedeuteten Konsens in weiten Teilen gebe, indem etwa ein Antrag der Opposition auch befürwortet werde.

Berivan Aymaz (GRÜNE) kommt auf den Bereich Eine-Welt-Politik und Internationales zu sprechen. Gut sei, dass die Mittel für den Bereich Eine Welt nicht gekürzt worden seien. Es falle allerdings auf, dass in dem Themenbereich keine Transparenz oder Strategie wahrzunehmen sei. Kollege Krauß haben eben hervorgehoben, dass zum Beispiel 1,2 Millionen Euro für die Errichtung einer neuen Akademie bereitgestellt werde. Das sei grundsätzlich erst einmal nicht schlecht, es wäre aber wichtig zu wissen, warum in eine neue Struktur so viel Geld investiert werde, obwohl es bereits bestehende Strukturen in Bonn gebe und diese nicht zusätzlich gestärkt würden vor allem vor dem Hintergrund, dass ein Drittel der Mittel von diesen 1,2 Millionen Euro überwiegend Personalkosten seien.

Eine Eine-Welt-Strategie von dieser Landesregierung liege immer noch nicht vor. Sie finde auch keine Antworten, wie diese Landesregierung auf die aktuellen Herausforderungen antworte, wie sie zum Beispiel die Agenda 2030 in NRW umsetzen wolle.

Intransparenz sehe sie auch darin, dass nicht klar sei, wie die internationalen Aktivitäten umgesetzt würden. Das liege weiterhin nicht vor. Es sei auch aus dem Haushaltsentwurf nicht ersichtlich, was mit diesen Aktivitäten tatsächlich passiere. Ihrer Fraktion sei es sehr wichtig, die Partnerschaft mit Ghana weiterzuführen. Da sei sie auch sehr gespannt auf die Auswertung der Reise, wo der Fokus dieser Partnerschaft liegen werde. Das sei auch noch nicht sichtbar. Es dürfe aber auch nicht bedeuten, dass die Partnerschaft mit Ghana dazu führe, dass die Partnerschaft mit Südafrika vernachlässigt werde.

Ihrer Fraktion sei daran gelegen, beide Partnerschaften weiter zu beleben, eventuell neu zu beleben. Vor diesem Hintergrund habe ihre Fraktion den Antrag zur Stärkung der Partnerschaft, der heute unter TOP 3 erörtert werde, eingereicht. Die Änderungsanträge ihrer Fraktion sollten verdeutlichen, dass es wirklich wichtig sei, diese Partnerschaft zu Südafrika noch einmal zu stärken. Dabei gehe darum, mehr Mittel für die GIZ zur Verfügung zu stellen, und zwar für eine verstärkte Kooperation im Bereich Südafrika, im Bereich Start-ups. Das werde auch in dem Antrag festgelegt. Es sei wichtig, diesen Bereich in den Fokus zu nehmen. Es gehe auch darum, den Ausbau des Promotorenprogramms zu stärken. Wer eine Partnerschaft stärken wolle, müsse auch das 25-jährige Bestehen der Partnerschaft mit Südafrika würdigen. Dafür habe ihre Fraktion in den Änderungsanträgen Mittel beantragt.

Fazit: Die Strategie der Landesregierung sei immer noch nicht im Bereich Eine-Welt-Politik und Internationales sichtbar, das Ziel der Aktivitäten, der Vorhaben der Landesregierung sei nicht deutlich. Oft sei es eine Fokussierung auf Wirtschaftsfaktoren. Die globalen Herausforderungen fänden noch immer keine Antworten.

Thomas Nüchel (FDP) betont, Kollege Remmel habe mit einem Lob begonnen, dass die Kontinuität weitergeführt werde. Das sei ein „vergiftetes Lob“. Es sei weitaus mehr als die Kontinuität, vor allem wenn man die Arbeit vor 2017 betrachte. Er höre bei den

Besuchen in den Niederlanden und Belgien, dass die Partner sehr begeistert seien, dass seit 2017 dort endlich wieder ein Schwerpunkt gesetzt werde, mit den Nachbarn regelmäßig gesprochen werde und Projekte in Angriff genommen würden. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf werde die erfolgreiche Arbeit der NRW-Koalition fortgesetzt, es würden gezielt neue Schwerpunkte gesetzt. Ein besonderer Schwerpunkt mit Blick auf die Benelux-Länder liege darauf, dass im Jahre 2020 Projekte finanziert würden, die die Dynamik des erstmals durchgeführten Benelux-Jahres 2019 mit zahlreichen Veranstaltungen und Projekten erhalten und ausbauen würden.

Dazu zähle die Finanzierung des Deutsch-Niederländischen Jugendwerks. Vorbild sei das Deutsch-Französische Jugendwerk. Alle hätten sich gefragt, warum gerade bei der Arbeit mit deutschen und niederländischen Jugendlichen so wenig bislang passiert sei. Mit dem, was jetzt eingeleitet worden sei, könne man den Austausch zwischen den beiden Ländern durchdringend und nachhaltig gestalten. Oberstes Ziel bleibe der Abbau grenzüberschreitender Hindernisse, soweit es möglich sei.

In dem Bereich Internationales gehe die Landesregierung sehr ambitioniert vor. Es solle nicht nur die seit 2007 bestehende Partnerschaft mit Ghana verlängert werden, sondern es solle die Zusammenarbeit intensiviert und neu ausgerichtet werden. Die vielfältigen Kontakte bestünden ja nicht nur aus gegenseitigen Besuchen von Regierungsvertretern oder Ausschüssen. Auf Wunsch des Partners Ghana werde die Zusammenarbeit auf die nachhaltige Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen fokussiert, auch vor dem Hintergrund des wichtigen Themas, dem Recyclingsektor. Da sei die Wirtschaftsförderung sehr gefragt, Thema „Wertschöpfung von Plastikabfällen“ und bei der „Finanzierung von GIZ-Projekten“. Wichtig sei auch, dass ein Beitrag zur Beschäftigungsförderung bei den Start-ups im Bereich Ökosysteme in Kumasi finanziell gefördert werde.

Der Haushalt fördere auch die Bundesstadt Bonn. Es sei ein ureigenes NRW-Thema, Bonn als UN-Standort und Kompetenzzentrum für nachhaltige Strategien und internationale Politik zu fördern. Die neue NRW-Akademie für Internationale Politik habe das Potenzial, durch das geplante Förderprogramm beim Austausch zwischen Vertretern von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und internationalen Organisationen mit Netzwerksveranstaltungen wichtige Impulse zu setzen.

Wichtig sei auch der Ausbau der Beziehungen zu Israel, die noch einmal unterstrichen würden. Zur Pflege und zum Ausbau werde zeitnah ein Auslandsbüro in Tel Aviv eröffnet. Das werde die Aktivitäten in NRW erleichtern, insbesondere im Networking. Bei den Hightech-Start-ups, die man im IT-Bereich in Israel habe, sei das sehr wichtig.

Was die vorliegenden Änderungsanträge angehe, so müsse man bei der beantragten Erhöhung der Mittel zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes sehen, dass mit dem bereits existierenden Titel und dem Programm „Europa bei uns zuhause“ deutlich unterstützt werde. In diesem Jahr seien von den 150.000 Euro immerhin schon über 100.000 Euro abgeflossen. Er halte eine Erhöhung der Mittel für nicht notwendig, weil man da schon genug mache. Da müsse man noch motivieren.

Zu der zweckgebundenen Erhöhung beim Thema „Südafrika“: Südafrika sei ein wichtiges Land für Nordrhein-Westfalen ohne Zweifel, auch in Sachen Wirtschaftsbeziehungen. Man habe das Problem, dass es dort teilweise durch den Generalsekretär des ANC alle Kontakte, die inhaltlich laufen sollten, sabotiert würden. Viele in Südafrika Beteiligte hätten Angst, da etwas anderes zu machen. Mit solchen Anträgen verzettelte man sich.

Zu den Änderungsanträgen der Grünen: Er komme auf die Erhöhung der Mittel für die Stiftung „Entwicklung und Frieden“ zu sprechen. Es sei wohlfeil, so etwas zu fordern. NRW leiste als einziges Stifterland bereits einen Personalkostenzuschuss und fördere darüber hinaus eine Reihe von Stiftungsprojekten im Bereich internationale Zusammenarbeit. Insofern halte er den Antrag der Grünen da nicht für zielführend. Was die Reduzierung der Mittel der Honorare für Gutachten angehe, so sei der Evaluierungsprozess aus dem Jahre 2019 noch nicht abgeschlossen. Er glaube, dass man da weitere Mittel für 2020 benötige.

Zum Promotorenprogramm: Es gebe bereits eine Promotorin, könnte man dem Änderungsantrag entgegenhalten.

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI), gibt an, die Frage zur Europa-Union von Herrn Weiß werde schriftlich beantwortet.

An Herrn Rimmel gewandt, fährt der Minister fort, in der Zielsetzung und Beurteilung der Verantwortung einer Landesregierung und vielen Themen stimme man überein. Im Europawahlkampf sei deutlich geworden – von Kiel bis München, von Erfurt bis Düsseldorf – wie nahe man doch in wesentlichen Fragen sei.

Was die Erhöhung im Titel „Europaschulen“ angehe, so gebe es mittlerweile 215 Europaschulen. Jetzt kämen zwölf neue hinzu, dann sei man bei 227. Das wären pro Europaschule 4.000 Euro, das sei so nicht der Durchbruch. Er sei nicht der Auffassung, dass das eine große Veränderung sei.

Frau Aymaz habe Ghana und Südafrika angesprochen. Er unterstreiche die Ausführungen von Herrn Nüchel. Die Auffassung der Landesregierung zur Akademie in Bonn sei auch gerade vorgetragen worden.

Auf die Eröffnung in Tel Aviv freue sich die Landesregierung außerordentlich. Er halte es für eine wesentliche und gute Entscheidung, dort präsent zu sein, auch mit dem Wirtschafts- und Kulturaustausch gerade nach Halle, nach den Verunsicherungen, die man im Schüleraustausch feststelle. Es werde aktiv dagegen gehalten, dass die Eltern ein gutes Gefühl hätten, wenn sie ihre Kinder mehrere Wochen in deutsche Schulen schicken würden. Wenn das zurückgehen würde, wäre das eine Katastrophe.

Johannes Rimmel (GRÜNE) führt aus, wenn der Minister es so administrieren würde, wie er es angedeutet habe, würde er den Antrag zurückziehen. So sei er nicht gemeint. Es gehe nicht um eine Gießkannenförderung, jeder Schule 5 Euro mehr zu geben, das mache keinen Sinn. Es gehe darum, Netzwerke zu verbreitern, Qualifizierungen zu

erhöhen, den Austausch der Lehrkräfte zu fördern – all das, was die Arbeit unterstützen und erweitern könne, und nicht die konkrete Bezuschussung einzelner Schulen in den Blickpunkt zu stellen. Man sollte sich an anderer Stelle noch einmal darüber unterhalten, was man da für Perspektiven sehe. Das Prinzip Gießkanne sei auf keinen Fall gemeint.

Oliver Krauß (CDU) stellt heraus, NRW fördere die Europaschulen bereits. Man habe sich intensiv aufgrund des Antrags mit der Frage der Finanzierung auseinandergesetzt, was den Bereich Veranstaltungen zur Erweiterung des Europaschulgedankens und zur Stärkung der Europafähigkeit von Schülerinnen und Schülern von Europaschulen anbelange. Das sei im Kapitel des MSB zu finden. Es sei gefragt worden, ob die Mittel nicht ausreichten. Da habe man keine Signale bekommen. Aus seinem Wahlkreis sei kein Signal in der Richtung gekommen. Er denke, dass da die richtigen Schwerpunkte gesetzt würden. Jetzt 1 Million Euro einzusetzen, wenn es nicht notwendig sei, das widerstrebe ihm. Insofern lehne seine Fraktion den Antrag ab, weil man der festen Überzeugung sei, dass aktuell dafür kein Bedarf bestehe, weil die Mittel bisher offensichtlich ausreichten.

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Die Änderungsanträge sowie die Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 17/2704 zu entnehmen.

Der Einzelplan 02 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert angenommen.